



EU plant spezielle Einfuhrkontrollen für Erdbeeren aus China

EU plant spezielle Einfuhrkontrollen für Erdbeeren aus China
Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden am kommenden Dienstag in Brüssel über die Festlegung von speziellen Einfuhrkontrollen für Erdbeeren aus China beraten. Geplant ist, dass Tiefkühlereisbeeren, die von China in die EU eingeführt werden, in Zukunft von den europäischen Behörden verstärkt auf Noroviren und Hepatitis-A-Viren untersucht werden. Deutschland unterstützt die geplanten Maßnahmen. Beide Erreger waren von europäischen Behörden zuvor in Lieferungen aus China festgestellt worden.
Lebensmittelüberwachungsbehörden in Niedersachsen haben diese Woche bei amtlichen Kontrollen eine Verunreinigung von Erdbeer-Erzeugnissen aus China mit Hepatitis A nachgewiesen. Die betroffene Ware - über Schweden eingeführte gefrorene Erdbeer-Würfel - war Tage zuvor schon von den zuständigen Behörden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen aus dem Verkehr genommen worden. Die Öffentlichkeit wurde von den Behörden über das mögliche Risiko unterrichtet, das von diesen Produkten ausgeht, die vollständigen Informationen laufen auch über das Internet-Portal www.lebensmittelwarnung.de. Vor einer Woche bereits hatten belgische Behörden in chinesischen Erdbeeren Hepatitis-A-Viren festgestellt. Ein niedersächsischer Hersteller rief deshalb seine bundesweit verkauften Tiefkühlkuchen (Natreem-Erdbeer-Joghurtschnitte, 400 g) zurück. Nach ersten Ermittlungen handelt es sich im niedersächsischen und im belgischen Fall um dieselbe Charge Erdbeeren. Die Untersuchungen der Behörden dauern an. Das Bundesverbraucherschutzministerium nimmt die aktuellen Hinweise sehr ernst. "Wir müssen die jüngsten Untersuchungsergebnisse zum Anlass nehmen, um auch auf europäischer Ebene über Konsequenzen zu beraten", sagte ein Ministeriumssprecher am Freitag in Berlin. Tiefgefrorene Erdbeeren aus China, die mit Noroviren belastet waren, gelten als Auslöser einer großen Lebensmittel-Epidemie, bei der Ende September in Ostdeutschland fast 11.000 Schüler kurzfristig an Brechdurchfall erkrankten. Nach den jüngsten Laborbefunden muss nun vordringlich die Ursache der Verunreinigung der Lebensmittel, also der genaue Eintragungsweg, untersucht werden. Bei den beiden genannten Fällen, also bei dem aktuellen Hepatitis- und dem zurückliegenden Noroviren-Befund, handelt es sich zwar um tiefgefrorene Erdbeeren aus China, aber um jeweils unterschiedliche Produkte unterschiedlicher Hersteller.
Lebensmittelsicherheitsexperten der Bundesregierung werden an diesem Wochenende zu Gesprächen nach Peking reisen und auch den aktuellen Fall gegenüber den chinesischen Behörden zur Sprache bringen.
Informationen auf dem Portal www.lebensmittelwarnung.de: www.lebensmittelwarnung.de
Aktuelle Verbraucherinformationen des Herstellers mit Chargennummern des Produkts: www.aerzener-brot.de
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.